

Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juli 2008

Nr. 7 · 4. Jahrgang

Porträtiert

3

Dr. Karin Schröter, LINKE-Kandidatin im Wahlkreis II

Potsdam-West

5-7

Wahlprogramm, Kandidaten und Momper-Center

Forum

11

Gespräche zum Thema Potsdamer Toleranzedikt

LINKE wollen die Stadt regieren

Mit 78 KandidatInnen geht die LINKE in die Kommunalwahl am 28. September, „um ein Ergebnis zu erreichen“, wie der Kreisvorsitzende Pete Heuer sagte, „damit eines klar ist: In Potsdam ist DIE LINKE so stark, dass sie regiert, egal, ob in der Regierung oder in der Opposition“. Mit 18 Sitzen stellte DIE LINKE zwar in der Stadtverordnetenversammlung die stärkste Fraktion, konnte viel erreichen, doch – wie beim kostenlosen Schulesen, das von einer „zusammengelegten Koalition gegen die LINKEN“ abgelehnt wurde, – brauche man noch mehr Stimmen.

SEITE 4



Auf ein Wort ...



Potsdam-West muss lebenswert bleiben

Unser Stadtteil darf nicht vernachlässigt werden! Wir als Fraktion und ich als Stadtverordneter haben uns für neue Fahrradständer am Bahnhof Charlottenhof eingesetzt, die in den nächsten Tagen aufgestellt werden und für Verdichtung des RE1-Angebotes an beiden Bahnhöfen im Stadtteil.

Wir haben die ISES-Verlängerung aus dem Plan genommen. Ich habe mehrere Beschlüsse angeregt, um das Leben an der Zeppelinstraße erträglicher zu gestalten.

Der Stauversuch wurde verhindert, die grüne Welle beschlossen, der Ersatz der Steine im Gleis durch leiseren Asphalt ebenfalls. Jetzt wollen wir die Bedingungen für Radfahrer verbessern, aber ohne diese auf der Zeppelinstraße auf Radstreifen zu bringen, die einfach auf die dicht belastete Fahrbahn gemalt werden!

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel,
Stadtverordneter
DIE LINKE aus
Potsdam-West

Ernteüberschüsse für soziale Einrichtungen

Potsdamer LINKE. Fraktionschef im VGS-Kreisvorstand/Idee für Hilfsaktion

Es ist bereits eine gute Tradition, dass sich der SVV-Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (l.), oft beim Potsdamer Kreisvorstand des VGS sehen lässt, um die Probleme der Kleingärtner hautnah zu erfahren. Und er hat nach eigener Aussage schon „viel mitnehmen können“ für seine Fraktions-

arbeit. Eine gegenseitig befruchtende Zusammenarbeit also im Sinne der Kleingärtner der Landeshauptstadt, meint auch VGS-Kreisgeschäftsführer Friedrich Niehaus (r.). „Schließlich erfahren auch wir oft, wie wir uns als Bürger für unsere Stadt einbringen können“, so Niehaus.

Ende Mai war Scharfenberg wieder zu

Gast in der Paul-Neumann-Straße. Und er hatte ein gewichtiges soziales Anliegen „im Gepäck“. Der Hintergrund: Er hatte am Rande der Mai-Demo mit dem Chef der Potsdamer Tafel über deren Schwierigkeiten gesprochen. Und daraufhin entstand die Idee, den VGS-Kreisverband um Hilfe zu bitten. Konkret geht es um die Ernteüberschüsse unserer KleingärtnerInnen. Es sei eine Erfahrung, stimmte Niehaus zu, dass rund 30 – 40 Tonnen Obst vergammeln im Jahr. Dieses Obst könnte doch der Potsdamer Tafel oder gar anderen karitativen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden. So weit die Idee und Bitte von Dr. Scharfenberg. Niehaus versprach, gemeinsam mit dem Kreisvorstand zu prüfen, wie ein solches Vorhaben in die Tat umgesetzt werden könnte. „Grundsätzlich ist der Vorschlag positiv bei uns angekommen“, so der Kreisgeschäftsführer.

Und er hat in der Zwischenzeit alle KleingärtnerInnen Potsdams und Umgebung aufgerufen, sich an der Lösung dieses sozialen Projektes mit Rat und Tat zu beteiligen.



Eine unvergessene Frau

Zum 75. Todestag von Clara Zetkin/Von Anita Tack (Mdl) DIE LINKE

Wenn sie nur den Internationalen Frauentag initiiert hätte, ihr Platz in der Geschichte wäre ihr sicher. Aber sie war viel mehr. Vor 1914 war sie die „grande dame“ der deutschen Sozialdemokratie, Frauenrechtlerin, revolutionäre Sozialistin, Kriegsgegnerin, Kommunistin in der Tradition Rosa Luxemburgs, von den Nazis attackierte Alterspräsidentin des Deutschen Reichstages.

Für mich ist bis heute an dieser Frau vor allem zweierlei bewundernswert geblieben. Ihr Eintreten für die Rechte der Frauen hat sie nie als Kampf gegen die Männer verstanden, sondern als Kampf mit ihnen. Und als Alterspräsidentin des Reichstages hat sie im August 1932 mit unglaublichem Mut zum Kampf gegen die Faschisten aufgerufen, die da bereits die stärkste Fraktion stellten. In ihrer Rede rief sie zur Einheitsfront aller Werk-



tätigen auf, „um den Faschismus zurückzuwerfen und damit den Versklavten

und Ausgebeuteten die Kraft und die Macht ihrer Organisation zu erhalten, ja sogar ihr physisches Leben. Vor dieser zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit müssen alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten.“

Am 20. Juni 1933 starb sie in Archangelskoje bei Moskau.

Heute erinnern ihr Geburtshaus in Wiederau bei Leipzig und in Birkenwerder (Kreis Oberhavel) das Museum Clara Zetkin im Zetkin-Haus, wo sie von 1929 bis 1932 lebte, an diese großartige und kämpferische Frau.

Uns sollte das Erinnern an diese Frau dazu ermuntern, nicht passiv zu sein, sondern sich einzumischen, um eine friedliche und gerechte Zukunft mitzugestalten.

Koalition gegen die LINKEN „zusammengenagelt“

Kein kostenloses Schulessen für bedürftige Grundschüler

Der Haushaltsplan der Stadt Potsdam für dieses Jahr wurde beschlossen. Die Fraktion der LINKEN hat sich der Stimme enthalten, weil ihre Forderung nach kostenlosem Schulessen für Grundschüler aus bedürftigen Familien abgelehnt wurde. In seiner Rede zur Diskussion versprach der Fraktionsvorsitzende Hans-Jürgen Scharfenberg, dass das Thema „als ein Stückchen mehr an sozialer Gerechtigkeit“ weiter auf der Tagesordnung bleibe.

Aus der Rede von Hans-Jürgen Scharfenberg zur Diskussion des Haushaltes 2008

Wir haben von vornherein mit dem kostenlosen Schulessen eine klare und realisierbare Forderung in das Zentrum der Diskussion gestellt. Wir haben unseren Vorschlag mehrfach konkretisiert und mit der Eingrenzung auf den Grundschulbereich eine Kompromissvariante vorgelegt. Der Oberbürgermeister hat jedoch keinerlei Anstrengungen unternommen, sich mit uns über dieses Anliegen zu verständigen.

Stattdessen hat er sich erst eine zu knappe, jetzt aber ausreichende Haushaltskoalition zusammengekauft. Herausgekommen ist ein Gemischtwarenladen, der nicht wenig Geld kostet. Freuen kann sich darüber keiner. Wir haben ein dringendes soziales Anliegen verfolgt, das im vergangenen Jahr noch ein gemeinsames Anliegen war, und Sie, Herr Oberbürgermeister, haben daraus eine Kraftprobe gemacht. Sie müssen jetzt mit sich ausmachen, ob der erneute Wortbruch und ihr weiterer Verlust an Glaubwürdigkeit das wert war.

Sie haben keine Koalition für den Haushalt, sondern eine Koalition gegen die LINKEN, eine Koalition gegen die Einführung des kostenlosen SchulesSENS zusammengeagelt. Sie täuschen sich aber, wenn Sie meinen, dass Sie damit einen Sieg erringen. Die Verlierer sind eindeutig die Kinder, denen nicht mit Mitleid, sondern mit konkreten Taten geholfen wäre.

Ich verspreche Ihnen, dass Sie das Thema nicht los werden. Wir werden uns weiter für die Einführung des kostenlosen SchulesSENS als ein Stückchen mehr an sozialer Gerechtigkeit einsetzen. Wir werden Sie mit Ihrem eigenen Beschluss treiben. Fakt ist, dass jeder ALG II-Empfänger danach den Anspruch auf beitragsfreies SchulesSEN geltend machen kann. Sie können keine Grenze ziehen innerhalb des definierten Kreises der Empfänger von ALG II und Sozialhilfe und der Asylbewerber. Völlig offen ist die Höhe der Härtefallfonds an den Schulen und des Umfangs der Entscheidungsfreiheit der Schulleiter bei der Festlegung von Härtefällen.

Das vorgeschlagene Monitoring, bisher Evaluierung, ändert überhaupt nichts an der Fragwürdigkeit des Vorgehens. Denn

Sie haben sich mit zum Teil aberwitzigen Argumenten gegen unentgeltliches SchulesSEN regelrecht einbetoniert. Das Monitoring soll offensichtlich nur eine besänftigende Wirkung haben, die wir natürlich nicht akzeptieren.

In dieser Haushaltsdiskussion ist sichtbar geworden, dass die Haushaltshoheit in Potsdam nicht bei der Stadtverordnetenversammlung, sondern beim Kämmerer liegt.

Nur er weiß Bescheid, welche Deckungsquellen möglich sind. Er entscheidet, ob der Daumen nach oben oder nach unten geht. Nur er kennt die realen Steuereinnahmen und ist nicht einmal auf entsprechende Anfrage bereit, die genauen Zahlen zu nennen. Angesichts der hervorragenden Entwicklung bei der Einkommenssteuer wäre es zweifellos möglich, durch eine leichte Steigerung bei der zu erwartenden Einkommenssteuer den Haushaltsausgleich herbeizuführen, auch für die Folgejahre. Wenn die CDU und Die Grünen und das Bürgerbündnis bereit sind, das hinzunehmen, dann ist das ihre Sache. DIE LINKE lässt sich das jedenfalls nicht bieten.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE, Potsdam; **Pete Heuer**, Vorsitzender, Alleestr.3, 14469 Potsdam.
REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); Tel.: 0331/20 01 89 70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Renate Frenz, 0331/200 97 08
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 4506102113; BLZ: 160 500 00 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: OSSI-Druck Brandenburg.

Meistertitel wieder in Potsdam

Turbine Potsdams U 17-Juniorinnen gewannen gegen FC Bayern

Es war fast so wie bei den Spielen bei der laufenden EM. Bis zum Ende der Verlängerung ließen sich am Sonntag, 22. Juni, die U 17-Juniorinnen Turbine Potsdams Zeit, um dann sich selbst und 510

Zuschauer zu erlösen. Ganze 2 Tore fielen kurz vor dem Abpfiff und brachten den Sieg im Endspiel der diesjährigen deutschen B-Juniorinnen-Meisterschaft. Nach einem Jahr Pause ist der Titel, den die Tur-

binen in der Vergangenheit bereits fünf Mal gewonnen, wieder in Potsdam. Herzlichen Glückwunsch den Nachwuchs-Turbinen!

„Eleganz in Kürze“ und Edelhölzer

Vorgestellt: Dr. Karin Schröter, stellvertretende LINKE. Fraktionsvorsitzende und Kandidatin für den Wahlkreis II

Es ist immer wieder spannend, sich mit dem Leben anderer Menschen zu beschäftigen. Oft eröffnen sich Parallelen zum eigenen Lebensweg. Aber auch unterschiedliche Wege zeichnen sich ab. So interessant ist nun mal das Leben, meine ich. Und so ging's mir auch, als ich mich mit Karin Schröter traf, Stadtverordnete der LINKEN für Potsdam-West und Frontfrau für den Wahlkreis II zu den anstehenden Kommunalwahlen.

Wir sind beide in dieselbe Schule, das heutige Helmholtz-Gymnasium, gegangen. Mit 'ner Zeitverschiebung natürlich, denn Karin wurde in unserer Stadt geboren, als ich schon drei Jahre Jungpionier war. „Helmholtzer sind Edelhölzer“, so lautete noch heute das Motto der SchülerInnen an dieser ehrwürdigen „Penne“. Und die Lehrer sind oft Wegbegleiter für ein Leben lang. Bei mir waren es im sprachlichen Bereich der Englisch-Lehrer Böse und die Russisch-Lehrerin Fräulein Girgensohn. Karin Schröter sieht den Ursprung ihres späteren Berufswunsches – das Studium zur Diplomlehrerin für Mathe und Physik – in der Vorbildwirkung der Helmholtz-Lehrerin Brunhilde Weißmantel.

Partnerin für die Schüler

„Frau Weißmantel war eine hervorragende Wissensvermittlerin, aber auch eine Partnerin für uns Schüler“, erinnert sich Karin Schröter. Und so etwas wollte die junge Potsdamerin auch werden. Schule an sich hatte ihr immer Spaß gemacht. Zunächst an der TOS „Rosa Luxemburg“ und dann eben an der besagten „Helmholtz“. „Die ersten acht Jahre an der Ganztagschule haben wohl wichtige Fundamente gelegt“, meint sie zurückblickend. „Wir hatten tolle Erzieherinnen. Und der Tag war stets mit sinnvollen Dingen angefüllt.“ Viele AG's und Klubs, das nicht weit gelegene Pionierhaus – all das waren Grundschulfreunden der Karin Schröter.

Noch heute kommt bei ihr die Begeisterung für den Lehrerberuf rüber. Und ich höre bezeichnende Sätze: „In der Mathematik hat man es nicht mit langen Texten zu tun. Mathe ist einfach Eleganz in Kürze!“ Mit dieser „Liebeserklärung“ an ihr späteres Studienfach lässt sich auch verstehen, dass sich die zierliche junge Frau mit voller Kraft ins Studium und später in ihre Promotion kniete. Hinzufügen muss man der Vollständigkeit halber, dass Karin sich auch noch anderweitig in ihrer Freizeit umtat. An der Helmholtz-„Penne“ war sie im Basketball aktiv. Und so „ganz nebenbei“ lernte sie Akkordeonspielen. „Das ist eine Frage der Lebensfreude, wenn man ein Instrument spielen kann – für sich selbst und für andere“, so kommentiert Karin ihre damalige



Motivation. Und sie erinnert sich gern daran zurück, wenn sie im damaligen Pionierhaus (heute „Treffpunkt Freizeit“) auf der Bühne ihr Können unter Beweis stellen konnte.

Kultur, was das Zeug hält

So war ihr Weg in Richtung Kultur quasi auch schon vorgezeichnet. Nach den Studienabschlüssen „entdeckte“ sie die FDJ – so war's auch in meinem Leben. Und Karin blieb für weitere zwei Jahre an der damaligen PH in Potsdam und „diente“ als hauptamtlicher Kulturfunktionär in der zentralen FDJ-Leitung. Atomphysik und Geometrie also ade. Dafür Kultur, was das Zeug hielt. „Doch das hat mir ebenfalls Spaß gemacht“, berichtet Karin Schröter. Schließlich hatte sie als „KuFu“ wie als Lehrerin ebenfalls stets mit Menschen zu tun. Und das wollte sie ja.

Einmal als Funktionär „entdeckt“, nahm das Personalkarussell seinen Weg. Die SED-Bezirksleitung brauchte schließlich auch guten „Nachwuchs“. So wurde Karin Schröter 1983 Mitarbeiterin für Kultur in der BL. Damit war das „frohe Jugendleben“ in der FDJ passé, das „Parteilernen“ hatte sie gepackt. Und da gab es Hochs und Tiefs wie immer im Leben. „Ich hatte Probleme mit der Hierarchie“, erinnert sich Karin Schröter. Kein Kommentar, kann ich da nur antworten.

Und trotzdem blieb sie bei der Stange nach der „Wende“. „Ich bin kein Mensch, der alles hinschmeißt, wenn sich unvorhergesehene Situationen oder Probleme ergeben“, sagt sie schlicht und einfach. Und so wurde sie 1990 Mitarbeiterin des PDS-Landesvorstandes und ein Jahr später der

jungen Landtagsfraktion. Zwei Jahre danach wurde sie das erste Mal als PDS-Stadtverordnete gewählt. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende steht sie seither ihre Frau.

Stolz auf bisher Erreichtes

Da ist vor allem alles, was die kulturelle Entwicklung unserer Stadt betrifft, auf ihrer Agenda. Und da sind etliche Gremien, denen sie angehört. So dem Kuratorium der Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal gGmbH und dem Haus der Brandenburgisch-preussischen Geschichte, um Beispiele zu nennen. „Einiges wurde erreicht in den letzten Jahren. So der gesamte Komplex in der Schiffbauergasse und der Nikolaisaal“, verweist sie stolz. Schließlich hatte sie diese Ziele auch auf ihrem Tapet. Im Wahlkreis beschäftigen sie heute vor allem solche „ganz alltäglichen“ Dinge wie die Nahversorgung Auf dem Kiewitt und das Momper-Center. Aber auch der nach ihrer Meinung absolut notwendige Bürgertreff für Potsdam-West. Weiter die Entwicklung der Kultur im ländlichen Raum der zum Wahlkreis gehörenden neuen Ortsteile. Ein breites Feld also, das sie neben ihrer beruflichen Tätigkeit als Referentin für Wissenschaft und Kulturpolitik für die LINKE. Landtagsfraktion beachert.

Die zierliche Frau scheint niemals müde zu werden. Doch halt. Da muss ein Wermutstropfen aus ihrem bisherigen Leben hinzugefügt werden. Im Jahre 2000 hatte sie eine sehr schwere Krankheit ins Krankenhaus gebracht. Trotz des persönlichen Leids erzählt sie heute locker darüber: „Stell dir vor. Ich war man gerade aus der

Narkose erwacht, da rief mich Hans-Jürgen Scharfenberg an und berichtete mir die neuesten Dinge aus der SVV.“ Das mag etwas ausgefallen klingen. Aber für Karin war damals das gute Gefühl, gebraucht zu werden, das Wichtigste. Und das hatte ihr der Anruf vermittelt. „Mitleid oder so was wär' mir nicht recht gewesen“, meint sie.

Mutter und „Malerin“

Arbeit, Arbeit und noch mal Arbeit. So erscheint oberflächlich Karin Schröters Alltag. Und doch sind da noch einige Sachen, die ich abschließend hinzufügen muss. Die erste Sache ist der Ruhepol Familie. Schließlich ist Karin seit 30 Jahren glücklich verheiratet. Und damit sind wir bei ihrer Tochter. Katharina, 23 Jahre jung, wird – Lehrerin natürlich. Aber nichts Naturwissenschaftliches wie die Mama, sondern Geschichte und Philosophie sind ihre Studienfächer. Ja, und dann hatte zum 40. Geburtstag der Karin Schröter jemand die Idee, der jungen Frau Aquarellpapier und Farben zu schenken. Und seither sitzt sie in ihrer Freizeit am Küchentisch und malt. „Das ist keine Kunst“, lacht Karin Schröter, „man kann dabei so herrlich seine Seele auf's Papier bringen“. Und „wen ich besonders gut leiden kann, dem schenke ich manchmal ein selbstgemaltes Bild“. Ich werde mich also bemühen, liebe Karin. Vielleicht kann ich irgendwann mal eines bekommen...

Und ganz zum Schluss noch meine Bestätigung: Helmholtzer sind wirklich Edelhölzer – siehe Karin Schröter.

Unser überzeugendes Angebot

KandidatInnen der Potsdamer LINKEN für die Landeshauptstadt bestimmt

Die LINKE der Stadt Potsdam hat ihre Kandidaten aufgestellt, die sich am 28. September zur Wahl in die Stadtverordnetenversammlung stellen.

Rund 120 WählervertreterInnen hatten am 30. Mai die rund 78 KandidatInnen noch einmal geprüft und mit ihrer Wahl die Listenplätze für die fünf Wahlbezirke bestimmt. „Damit unterbreitet die Potsdamer LINKE den Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt ein überzeugendes Angebot für die Wahlentscheidung am 28. September“, meinte Kreisvorsitzender Pete Heuer, der erstmalig, gemeinsam mit Anita Tack (Mdl) als Doppelspitze im Wahlkreis I zur Stadtverordnetenwahl antritt.

Auf den Spitzenplätzen in den anderen Wahlkreisen findet sich ebenfalls ein prominentes Aufgebot: Neben dem derzeitigen Fraktionsvorsitzenden Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl) stehen auch die Stadtpräsidentin Birgit Müller, der langjährige Bundestagsabgeordnete, Kreis- und Fraktionsvorsitzende Rolf Kutzmutz und Dr. Karin Schröter auf den Spitzenplätzen ihrer Wahlkreise. Mit den erfahrenen Kommunalpolitikern steht auch eine große Zahl junger Bewerber zur Wahl, die im Mentoring-Programm der LINKEN mit den Anforderungen an die Arbeit eines Stadtverordneten bekannt gemacht worden sind.

Vor den Vorstellungsrunden und der Wahl auf die Listenplätze sprachen der Kreisvorsitzende Pete Heuer und der Fraktionsvorsitzende Hans-Jürgen Scharfenberg zu den Wahlzielen, denn schließlich soll die LINKE auch in die neue Stadtverordnetenversammlung als stärkste Fraktion einziehen und eine entsprechend gewichtige Stimme in der Stadtpolitik haben. Hans-Jürgen Scharfenberg: „Die aktuelle Situation zeigt, wie dringend wir gebraucht werden.“ Er erinnerte an den (inzwischen gekippten) Beschlusssentwurf zum kostenlosen Schulesen. „Wir wollen, dass Potsdam für alle lebenswert ist und nicht nur für die Reichen und Schönen, die offensichtlich die Zielgruppe des Oberbürgermeisters sind. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit und geben den sozial Schwachen, die sich selbst nicht vertreten können, eine starke Stimme.“ Die LINKE sei mit großem Abstand die Fraktion, die die meisten Anträge gestellt und durchgesetzt habe, stellte Scharfenberg fest. „Wir haben praktisch aus der Opposition heraus regiert.“ Über manchen Erfolg freuten sich jetzt alle, sagte Scharfenberg und führte das porta-Einrichtungshaus an, bei dessen Richtfest der Oberbürgermeister „markige Worte“ fand, sich aber bei der entscheidenden Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung



enthalten hatte. Als weitere Ergebnisse der LINKEN-Politik führte er die Veranstaltungshalle in der Medienstadt an, den Uferweg in der Speicherstadt, die Erhaltung der 750 Garagen im Schäferfeld, den Off-line Klub.

Das Wahlprogramm, mit dem die 78 KandidatInnen zur Kommunalwahl am 28. September antreten, wird auf dem Kreisparteitag am 5. Juli diskutiert und beschlossen.



Will Oberbürgermeister Jann Jakobs wirklich Stadtverordneter werden?

Jedenfalls kandidiert er für die Stadtverordnetenversammlung im Wahlkreis IV. Und wenn das dann klappen sollte, dann müsste es eigentlich vorgezogene Neuwahlen geben – für den Posten des Oberbürgermeisters. Denn Stadtverordneter und Oberbürgermeister in einer Person? – das geht wohl schlecht. Man sollte Jann Jakobs bei Wahlveranstaltungen also fragen, wie er sich seine Arbeit als Stadtverordneter unter eigener Regentschaft als Oberbürgermeister vorstellt.

Die Kandidatur sei zwar nicht unrechtmäßig, meint die Kommunalverfassung, aber der Oberbürgermeister gehöre ja kraft seines Amtes bereits zur Stadtverordnetenversammlung. Eine gesonderte Kandidatur ist dafür nicht nötig bzw. gar überflüssig. Das weiß auch die SPD.

Dass sich Jann Jakobs eine aktuelle Legitimation für sein Amt als Oberbürgermeister erhoffe, hatte er zur Begründung gesagt. Also: Wenn Jann Jakobs weiter Oberbürgermeister bleiben will, dann hat er nie die Absicht, Stadtverordneter zu werden. Er wird sein Mandat nicht annehmen, der nächste SPD-Genosse, der nicht gewählt wurde, rückt nach – einer, für den die Stimmen bei der Wahl nicht ausgereicht hätten, besetzt an seiner Stelle den Platz in der Stadtverord-



netenversammlung. Jann Jakobs täuscht also bewusst die Wähler – denn sie werden nicht den bekommen, den sie an der Spitze der SPD-Liste wählen. Ist es also die „Scheinkandidatur“, der mit Volkes Stimme genannte „Dummenfang“? Die SPD schickt den Oberbürgermeister (in anderen Wahlkreisen Brandenburgs auch Minister) mit dem Bonus seiner Bekanntheit in den Wahlkampf, nicht mit der geringsten Absicht, das Mandat auch anzutreten. Diese Partei sieht die Wählerschaft nicht etwa als souverän an,

die man überzeugen muss, sondern als so dumm, dass sie die Winkelzüge im demokratischen Verfahren nicht bemerkt.

Eine schlimme, nicht zu tolerierende Nichtachtung der Bürgerinnen und Bürger ist es, wenn eine Partei zu solchen Mitteln greift, um in diesem Fall der LINKEN die Position der stärksten Partei in Potsdam und anderswo in Brandenburg abzujauchen.

Es scheint eine Strategie des Machterhalts zu werden bei der SPD: Wie sagte doch ihr damaliger Vorsitzender Franz Müntefering vor zwei Jahren? Es sei „unfair“, die Parteien an Versprechen vor der Wahl zu erinnern. Ist es unfair, offen den anstehenden Betrug am Wähler bloßzustellen?

Besonders pikant wird die Konstellation in diesem Potsdamer Wahlkreis IV (Waldstadt, Schlaatz), weil Jann Jakobs hier direkt dem derzeitigen Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, Hans-Jürgen Scharfenberg, gegenübersteht. Nicht zum ersten Mal.

Bei der Oberbürgermeister-Stichwahl 2002 hatte Jakobs mit 50,14 % die Nase vorn. Seitdem sind sechs Jahre vergangen. Die PDS ist nun DIE LINKE und die stärkste Fraktion, und Jann Jakobs war so lange an den Machthebeln.

Wir werden sehen, wie der Wähler es bewertet. rd

Vom Bürgertreff bis zur Kulturscheune

Kommunalwahlkampfziele für den Wahlkreis II in der Diskussion

Zum Redaktionsschluss lagen auch die Kommunalwahlkampfziele aus dem Wahlkreis II noch nicht in der Beschlussfassung vor. Aber trotzdem waren die einzelnen Schwerpunkte bereits konkret erkennbar. Viele wurden bereits im Kommunalwahlpro-

gramm 2008-Entwurf für das gesamte Potsdam benannt. Wir bieten einen Überblick über die für den Wahlkreis II anliegenden Fragen und Probleme für die nächste Legislaturperiode der Stadtverordnetenversammlung.

Potsdam-West und die Brandenburger Vorstadt gehören zu den beliebtesten Wohngebieten in Potsdam. Das ist vor allem auf die schöne Lage zwischen Havel und Park Sanssouci sowie viele modernisierte oder sanierte Wohnhäuser zurück zu führen.

Andererseits fallen in dem Stadtteil mehrere Schandflecken und Brachen auf, deren Beseitigung bereits zum Teil im Wahlauftrag der damaligen PDS von 2003 gefordert worden ist. Einzelne gelungene Verbesserungen wie die Wiederherstellung der Kita in der Knobelsdorffstraße reichen nicht. Es geht um das Gelände für den „Momperbau“ zwischen Havel und Zeppelinstraße, um die Bereiche um das ehemalige Kino „Charlott“/Gesundheitsgasse, die ehemalige Ufergaststätte, den Bahnhof Pirschheide, das ehemalige E-Werk an der Havel, den Rest des Persiussspeichers am Schafgraben sowie die unsanierten bzw. unbewohnten Häuser Zeppelinstraße-Geschwister-Schollstraße-Sellostraße.

Für die Bewohner des Kiewitt und des Schillerplatzes, darunter viele ältere Menschen, fehlen nach wie vor Einkaufsmöglichkeiten vor Ort, die also ohne lange Wege erreichbar sind.

Der von der Stadtverordneten beschlossene Bürgertreff lässt weiter auf sich warten.

All das hat mit der Wohnqualität für die Bürgerinnen und Bürger zu tun, die von der Lage des Stadtteils ansonsten sehr geschätzt wird. Die genannten Schandflecken und Brachen müssen also schrittweise beseitigt werden. Darin sind sich die GenossInnen des Wahlkreises II einig. Und so werden wohl die oben genannten Probleme Einzug in das Wahlkampfprogramm der LINKEN in diesem Stadtteil finden.

Dazu kommen sicher auch solche For-

derungen nach der Vollendung des öffentlichen, durchgängigen Uferweges an der Havel, um damit die „Stadt am Wasser“ in diesem Stadtgebiet erlebbar zu machen. Weiter stehen auf der Agenda der LINKEN die Nutzung der Sportstätten am Luftschiffhafen und hinter der Hans-Sachs-Straße. Über die Aktivitäten der Bürgerinitiative „Westkurve“ haben wir in unserer Zeitung bereits berichtet. DIE LINKE im Stadtteil diskutiert derzeit in Vorbereitung auf die Kommunalwahlen, wie sie diese Initiative in den kommenden Jahren unterstützen kann. Kleingärten und Grünanlagen gehören zur Lebensqualität – besonders auch in Potsdam-West. Logisch also, dass DIE LINKE diesen Bereich im Sinne des Erhalts von Naherholung als erhaltens- und förderungswert sieht. Wie Am Stern so will DIE LINKE in Potsdam-West, dass die dortigen Garagenkomplexe bewahrt werden.

Der Eintritt zum Park Sanssouci soll für ALLE kostenfrei bleiben. Und beim Thema Sanssouci sind wir auch gleich bei den Interessen der Wissenschaftler, Studierenden und Mitarbeiter der Uni Potsdam, Standort Neues Palais. Deren Probleme sind bei der Entwicklung des Stadtteils und bei Verkehrslösungen (ÖPNV) zu berücksichtigen, meinen DIE LINKEN. Und da ist eine weitere Forderung der LINKEN, dass die Fuß- und Radwege der Sanierung bedürfen, eine naheliegende Frage. Auch das Stichwort Barrierefreiheit ist dabei in der Diskussion der LINKEN. Am Bahnhof Charlottenhof sollen schließlich Fahrradständer gebaut werden.

Diese Fragen sind derzeit in der Diskussion für das Wahlkampfprogramm der LINKEN im Stadtteil Potsdam-West. Die Beschlussfassung stand noch aus zum Redaktionsschluss. Absolut einig ist man sich jedoch in der Forderung: Der Stadt-



Schandfleck Ufergaststätte

teil Potsdam-West ist künftig stärker als bisher bei städtischen und Landesförderprogrammen zu berücksichtigen.

Zum Wahlkreis II gehören auch einige Ortsteile. Die LINKEN unterstützen diese bei der Gestaltung und Wahrnehmung ihrer Interessenvertretung zur Ortsteilentwicklung und setzen sich für den Erhalt der wertvollen Kulturlandschaft in Potsdams nordwestlichen Raum ein. So stehen zur Zeit für das Wahlkampfprogramm für die Ortsteile u. a. folgende Themen auf dem Tapet:

In Marquardt die Erneuerung der Dorfstraße sowie der Verbindung zur B 273; der Bau eines Parkplatzes am Ortseingang sowie die Unterstützung der Kulturscheune.

In Eiche die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs für Berufstätige und Studenten und die Minimierung der Fluglärmbelastung. In Golm die Veränderung des Standortes der Bushaltestelle und die Schaffung eines Sportplatzes für Golm. In Uetz-Paaren die Entscheidung der Stadt Potsdam für eine dezentrale Abwasserversorgung des Ortsteiles. Und schließlich in Grube die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse insbesondere für den ÖPNV und den Radverkehr, die Schaffung eines Spiel/Sportplatzes.

Alles in allem anspruchsvolle Themen, meinen wir. DIE LINKEN im Stadtteil werden in der Zwischenzeit ihre konkreten Ziele für die nächste Wahlperiode aus den oben angerissenen Problembereichen formuliert haben. Und das Wahlprogramm der gesamten Stadt Potsdam wird am 5. Juli 2008 dann endgültig beschlossen.

DIE LINKE. hat gewählt

KandidatInnen für die Kommunalwahl im Wahlkreis II stehen fest

Am 30. Mai bestimmte die Potsdamer LINKE in einem gut siebenstündigen Wahlmarathon ihre KandidatInnen für die Wahlen zur Potsdamer Stadtverordnetenversammlung im September dieses Jahres. Im Wahlkreis II – Potsdam West, Brandenburger Vorstadt, Eiche, Bornim, Golm, Marquardt, Satzkorn, Uetz Paaren – treten an:



1. Schröter, Karin, Dr.



2. Jäkel, Ralf



3. Herzel, Gabriele, Dr.



4. Kirchner, Moritz
5. Paech, Barbara
6. Steinicke, Alexander, Dr.
7. Walter, Kerstin
8. Stolpe, Sven
9. Ermler, Katharina-Elisabeth
10. Dobberke, Claus
11. Kühne, Steffen
12. Preller, Wolfgang, Dr.
13. Albrecht, Fred, Dr.
14. Müller, Norbert
15. Matthias, Kurt
16. Schöneburg, Karl



Schandfleck Charlott-Kino

Bald bequemer einkaufen

Momper-Center kommt/ Einzelhandelskonzept:



Anlauf wurde schon mehrmals genommen – nachdem das Einzelhandelskonzept für Potsdam bereits im Mai auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung gestanden hatte, rutschte es auch im Juni wieder von dort in weitere Ausschussberatungen. Zu vieles ist noch strittig.

Die Absicht, hier etwas langfristiger zu planen und nicht „von der Hand in den Mund“ zu leben, ist sicher zu begrüßen. Dazu hatte die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH und unter Beteiligung von Vertretern des Handels den Abgeordneten ein Konzept als Rahmen für die Entwicklung des Potsdamer Einzelhandels bis 2015 vorgelegt. Nach eigener Aussage soll es bestehende Zentren und die verbrauchernahe Versorgung ebenso sichern wie die „Zentralität der Landeshauptstadt“ stärken.

Konkret sieht das Konzept eine Konzentration des Handels in Zentren der Stadt vor, die möglichst auch ohne Auto erreichbar sein sollen. Als zentrale Versorgungsbereiche schreibt der Entwurf die Einkaufsinnenstadt, die zwei Stadtteilzentren Babelsberg und Waldstadt sowie 12 Nahversorgungszentren fest.

Damit will der Einzelhandel mehr Kaufkraft der Einwohner Potsdams und aus dem Umland binden. Zusätzliche Verkaufsflächen werden für die Warengruppen Bücher und Spielwaren, Bekleidung, Schuhe, Sport sowie Elektrowaren eingeräumt. Die von der LINKEN geforderten Lockerungen der Sortimentsbeschränkung der Bahnhofspassagen und die Erweiterung des Stern Centers sollen erst nach Prüfung der

Entwicklung von Innenstadt und Babelsberg erwo-gen werden.

Auch zur Qualität der Angebote unterbreitet das Konzept Vorschläge: Dabei geht es zum Beispiel um einheitliche Öffnungszeiten, den öffentlichen Raum oder auch die Verbesserung des Parkplatzangebotes. Im Bereich des Alten Marktes wird eine mäßige Bereitstellung von Einzelhandelsflächen im Erdgeschossbereich für sinnvoll gehalten, die vorhandene Zentren nicht gefährdet.

In Stadtgebieten mit einer geringen Bevölkerungsdichte sollen bevorzugt kleinere Verkaufsflächen verfügbar sein, um die Nahversorgung überall zu sichern. Bereits bestehende Geschäfte

oder Baurechte werden nicht eingeschränkt. Das alles klingt vernünftig. Doch schon lange vor der Abstimmung der Stadtverordneten waren kritische Töne zu hören: Die Pläne der Stadt werden von Unternehmen als Reglementierung empfunden. Andere meinen, weitere Flächen im Stadtzentrum wären nicht erforderlich oder gefährdeten gar das historische Ambiente.

Wo soll es was zukünftig geben?

Wird das vorgelegte Einzelhandelskonzept beschlossen, dann können sich Einzelhändler oder Ketten künftig in 15 Zentren und 18 Branchen in Potsdam niederlassen.



in Potsdam-West?

Vieles ist noch unklar



Zentrale Versorgungsbereiche:

Einkaufsinnenstadt; Stadtteilzentrum Babelsberg; Stadtteilzentrum Waldstadt.

Nahversorgungszentren:

Zentrum Ost; Schlaatz; Stern; Drewitz; Kirchsteigfeld; Marktcenter; Zeppelinstraße; Golm / Eiche; Bornstedt Carree; Bornstedter Feld; Groß-Glienicke; Fahrland.

Sortimente, die in den Zentren geführt werden können:

Nahrungs- und Genussmittel inkl. Lebensmittelhandwerk, Getränke, Reformwaren, Tabak; Drogeriewaren, Parfümeriewaren, Kosmetika, Apothekewaren, Sanitätswaren; Schnittblumen, zoologischer Bedarf, lebende Tiere; Papier- und Schreibwaren,

Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Spielwaren, Bastelartikel; Bekleidung, Textilien, Schuhe, Lederwaren, Orthopädiewaren, Sportbekleidung und -schuhe, kleinvolumige Sportartikel; Unterhaltungselektronik, elektrische Haushaltsgeräte (kleinteilig), Geräte der Telekommunikation, Computer, Büroorganisationsmittel, Büro- und Kommunikationstechnik, Musikinstrumente, Ton- und Bildträger; Heimtextilien, Bettwaren, Gardinen und Zubehör, Haushaltswaren, Glas, Porzellan, Keramik, Kunstgewerbe, Geschenkartikel, Antiquitäten, Holz, Kork, Flecht- und Korbwaren, Beleuchtungsartikel; Fotogeräte, Fotowaren, optische Waren, Hörgeräte, Uhren, Schmuck, Edelmetallwaren.

Keine „Reisen“ an den Stadtrand mehr

Wenn die Einwohner von Potsdam-West, Eiche und Golm einen Einkaufsbummel „durch die Sorti-

mente“ machen wollen, fahren sie derzeit ins Stern Center oder gleich nach Berlin. Das soll sich in naher Zukunft ändern: Denn bald kommt der lange angekündigte „Momper-Bau“, der im Einzelhandelskonzept als „Potenzielles Nahversorgungszentrum Zeppelinstraße“ ausgewiesen ist (siehe diese Ausgabe).

Auch für die Ortsteile Eiche/Golm ist ein Nahversorgungszentrum geplant. Die vorgesehene Fläche nahe dem Golmer Bahnhof lehnte der Ortsbeirat Eiche jedoch schon im Entwurf ab, weil er die „Reise“ bis an den äußersten Stadtrand als lebensfremd und unnötig einschränkend für die Entwicklung in Eiche einschätzte. Man darf gespannt sein, wie sich die Abgeordneten zu den noch offenen Fragen verhalten – sie werden voraussichtlich im Herbst darüber zu entscheiden haben.

Baustart für 2008 angekündigt

Das sogenannte „Momper-Center“ in Potsdam-West könnte nun – nach rund 12 Jahren Vorbereitungszeit – gebaut werden. Projektentwickler Walter Momper, der einstige Regierende Bürgermeister und heutige Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, verkündete beim „Politischen Frühstück“ der LINKEN (Foto), dass der Baustart für das 40 Millionen Euro teure Projekt noch in diesem Jahr begonnen und bis 2012 abgeschlossen werde, obwohl es seinerseits noch einen Widerspruch gegen die erste Baugenehmigung, die schon vor fünf Monaten erteilt worden ist, gebe.

In drei Bauabschnitten soll das Projekt in den nächsten vier Jahren realisiert werden: Begonnen wird mit dem Bau des Kaufland-Marktes; nach zwölf Monaten Bauzeit soll der SB-

Markt fertig sein, der zur einen Hälfte Lebensmittel und zur anderen sogenannte „Trockenware“ anbieten wird. Geklärt werden müsse mit der Stadt bis zur Sommerpause noch die Gestaltung des Uferweges an der Havel.

Obwohl sich seit der Arbeit am Projekt in Potsdam-West bereits drei weitere Lebensmittelmärkte angesiedelt hätten, sei das Projekt im aktuellen Einzelhandelskonzept der Stadt unstrittig, sagte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Hans-Jürgen Scharfberg, der sich seit langem für den Bau einsetzt und die Zusage Walter Mompers ausdrücklich begrüßte.

Sollte das Projekt in den nächsten Jahren mit Markt und Wohnungen umgesetzt werden, ergeben sich weitere Entwicklungsmöglichkeiten für das Areal bis zur Kastanienallee hin.

Ergänzung zum Momper-Vorhaben

Der Projektentwickler Walter Momper hat den Potsdamern in einer erneuten Bürgerversammlung am 08. Juni den aktuellen Stand des Projektes erläutert. Alle nötigen Flächen sind gekauft. Die Baugenehmigung für das Kaufland und den Uferweg sind beantragt. Eine erste Genehmigung liegt vor. Zur Zeit werden zwei Widersprüche zu Details einer Lärm-



schutzwand und der Anlieferung fürs Kaufland fachlich abgeklärt. Bei zügiger Entscheidung dieser Details ist Baubeginn noch in diesem Jahr vorgesehen. Für das Kaufland werden 10 bis 12 Monate Bauzeit veranschlagt. Die Handelseinrichtung liegt im Erdgeschoss, sie erhält eine separate Zufahrt von der Zeppelinstraße und zwei Etagen mit Parkplätzen und mit großzügig geplanten Einfahrten. Zeitgleich wird der öffentliche Uferweg hergerichtet. In der Folge sind Seniorenwohnungen an der verlängerten Kastanienallee geplant und acht Wohnhäuser zwischen Uferweg und Kauflandgebäude. Hier wird eine Versorgungslücke für den Stadtteil geschlossen und das gesamte Gebiet bis 2011 ansprechend entwickelt werden.

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel



Zuschlag zu Schönheitsreparaturen

Das Bundessozialgericht hat sich mit Urteil vom 19.03.2008 zum Aktenzeichen B 11 b AS 31/06 R damit auseinandergesetzt, ob im Rahmen der Unterkunftskosten auch Schönheitsreparaturen zu übernehmen sind. Das Bundessozialgericht bestätigte die Entscheidung des Sozialgerichts, wonach Zuschläge für Schönheitsreparaturen zu den Kosten für Unterkunft und Heizung im Sinne des § 22 Absatz 1 SGB II gehören und dass insoweit kein in der Regelleistung enthaltener Anteil für „Instandhaltung und Reparatur der Wohnung“ in Abzug zu bringen ist.

Sofern die örtlich zuständige SGB II-Behörde anders entschieden hat, kann ein Überprüfungsantrag unter Verweis auf diese Rechtsprechung mit dem Ziel der nachträglichen Erhöhung der Leistung gestellt werden.

Kündigungsfristen

Die Kündigungsfristen für die Beendigung eines Arbeitsverhältnisses sind in § 622 BGB geregelt. Danach kann das Arbeitsverhältnis mit einer Frist von vier Wochen zum 15. oder Ende eines Monats gekündigt werden. Für den Arbeitgeber verlängern sich die Kündigungsfristen mit der Dauer der Beschäftigung des Arbeitnehmers. War der Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Kündigung bereits zwei Jahre beschäftigt, verlängert sich die Kündigungsfrist auf einen Monat zum Ende eines Kalendermonats. Mit 5, 8, 10, 12, 15 und 20 Jahren Betriebszugehörigkeit verlängert sich die Kündigungsfrist jeweils um einen weiteren Monat. Bei 20 Jahren Betriebszugehörigkeit beträgt die Kündigungsfrist somit sieben Monate zum Ende eines Kalendermonats.

In Arbeitsverträgen können längere, jedoch keine kürzeren Kündigungsfristen vereinbart werden. In Tarifverträgen sind ebenfalls Abweichungen von den gesetzlichen Kündigungsfristen möglich.

Arbeitsvertrag

Mit dem Abschluss eines Arbeitsvertrages verpflichtet sich der Arbeitnehmer zur Erbringung der vereinbarten Arbeitsleistung und der Arbeitgeber zur pünktlichen Zahlung der vereinbarten Vergütung. Der Arbeitsvertrag kann mündlich oder schriftlich geschlossen werden. Eine Kündigung des Arbeitsvertrages hat hingegen zwingend schriftlich zu erfolgen.

Auf Grund der Bestimmungen des Nachweisgesetzes ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeitnehmer ein unterzeichnetes Exemplar des Arbeits-



Unser Autor, Gerd Klier, ist Fachanwalt für Arbeits- und Sozialrecht sowie Mitglied der SVV Neuruppin, Fraktion DIE LINKE

vertrages auszuhändigen. Sollte der Arbeitgeber dieser Verpflichtung nicht nachkommen, gehen Unklarheiten grundsätzlich zu seinen Lasten. Darüber hinaus ist der Arbeitgeber verpflichtet, bei Beginn, Änderung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Meldungen an die Sozialversicherungen vorzunehmen. Die Versicherungspflicht und Ansprüche aus den Sozialversicherungen sind grundsätzlich nicht an die Meldung des Arbeitgebers gebunden, dass Arbeitnehmer ihre Leistungsansprüche gegen die Sozialversicherungen auch bei unterlassener und fehlerhafter Meldung des Arbeitgebers geltend machen können.

Erstausstattungen der Wohnung

Nach § 23 Absatz 3 SGB II haben Bedürftige einen Anspruch auf Erstausstattungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten. Das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg setzte sich in seinem Urteil vom 03.04.2008 zum Aktenzeichen L 19 AS 1116/06 mit dem Umfang dieser Leistungen auseinander. Danach umfasst die Erstausstattung „die Bedarfe an allen Wohngegenständen, die für eine geordnete Haushaltsführung und ein menschenwürdiges Wohnen erforderlich sind“. Dabei ist sich am Verbraucherverhalten und dem Lebensschnitt unterer Einkommensgruppen zu orientieren. „Eine Verweisung auf die Anschaffung von gebrauchten Möbeln ist nicht zu beanstanden.“ Das Landessozialgericht weist darauf hin, dass „Küchenschranke, ein Wohnzimmerschrank sowie ein Bett mit Matratze für eine geordnete Haushalts-

führung und ein menschenwürdiges Wohnen erforderlich sind“. Das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg verweist ausdrücklich auf das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 29.10.2007 zum Aktenzeichen L 20 AS 12/07, wonach zur Erstausstattung auch eine Waschmaschine gehört und insbesondere nach Trennung vom Partner „die neue Wohnung des anderen Partners ausgestattet werden muss“.

Nach dem Beschluss des Landessozialgerichts Sachsen-Anhalt vom 14.02.2007 zum Aktenzeichen L 2 B 261/06 AS ER 2 „umfasst dies nicht nur die Ersatzbeschaffung bei sämtlichen Möbelstücken, sondern auch die gesamte notwendige Ausstattung des Haushalts mit sonstigen Einrichtungsgegenständen, also auch Lampen, Gardinen und Rollläden, Bettwäsche und sonstigen Hausrat sowie die dafür anfallenden Reparaturkosten“. Weiter führt das Gericht aus: „Allerdings gehört eine notwendige Einzugsrenovierung auch mit zum Erstausstattungsbedarf einer Wohnung und ist im Rahmen der Bewilligung der Mittel nach § 23 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 SGB II zu berücksichtigen. Befinden sich keine Tapeten an den Wänden, so ist für den Renovierungsaufwand die Bewilligung eines zusätzlichen Betrags iHv 150,00 Euro für eine ca. 50qm große Wohnung angemessen und erforderlich.“

Befristung von Arbeitsverhältnissen

Für die Befristung eines Arbeitsverhältnisses ist grundsätzlich ein sachlicher Grund erforderlich. Die mögli-

chen sachlichen Gründe sind im Teilzeit- und Befristungsgesetz aufgeführt. Ohne dem Vorliegen eines sachlichen Grundes ist eine kalendermäßige Befristung nur bei Neueinstellungen und bei älteren Arbeitnehmern zulässig. Die kalendermäßige Befristung ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes darf jedoch insgesamt maximal für die Dauer von zwei Jahren erfolgen. Innerhalb dieser Frist darf die Verlängerung der Befristung höchstens dreimal erfolgen. Ausnahmen gelten bei Neugründungen und älteren Arbeitnehmern. Sofern eine unzulässige Befristung erfolgte, kann der Arbeitnehmer beim Arbeitsgericht über eine Klage feststellen lassen, dass die Befristung unwirksam ist und es sich um ein unbefristetes Arbeitsverhältnis handelt. Eine solche Klage macht häufig Sinn, wenn der Arbeitgeber entweder nicht von selbst das Arbeitsverhältnis verlängert bzw. nicht selbst eine Entfristung vornimmt.

Klage gegen Kündigung

Arbeitnehmer haben die Möglichkeit, eine Kündigung durch ihren Arbeitgeber vom Arbeitsgericht überprüfen zu lassen. Allerdings muss die Klage beim Arbeitsgericht innerhalb von drei Wochen ab Erhalt der Kündigung eingegangen sein. Hält der Arbeitnehmer diese Frist von drei Wochen nicht ein, überprüft das Arbeitsgericht diese Kündigung grundsätzlich nicht mehr. Die Versäumung der Klagefrist kann auch Auswirkungen auf das Arbeitslosengeld haben. Hat beispielsweise der Arbeitgeber die vorgeschriebene Kündigungsfrist nicht eingehalten, dann könnte das Arbeitsamt das Arbeitslosengeld erst ab dem Tag zahlen, an welchem die Kündigungsfrist ausgelaufen wäre. In der Zwischenzeit hätte der Arbeitnehmer keine Einkünfte. Enthält die Kündigung zudem Indizien, dass der Arbeitnehmer die Kündigung schuldhaft herbeigeführt hat oder an der Beendigung des Arbeitsverhältnisses mitgewirkt hat, kann das Arbeitsamt sogar eine Sperrfrist von drei Monaten verhängen. Innerhalb dieser Sperrfrist erhält der Arbeitnehmer kein Arbeitslosengeld und verliert in diesem Umfang seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Bestehen für den Arbeitnehmer diese Risiken, empfiehlt sich die Einreichung der Kündigungsschutzklage innerhalb der Frist von drei Wochen. Selbst wenn die Klage nicht zum Ergebnis der Weiterbeschäftigung oder der Zahlung einer Abfindung führen sollte, können häufig die Risiken gegenüber dem Arbeitsamt eingeschränkt oder beseitigt werden.

Vor allem junger Widerspruch

Gespalten – ähnlich dem Wiederaufbau des Stadtschlusses – ist die Potsdamer Bevölkerung auch beim Thema Garnisonkirche. Pro und Kontra zum Wiederaufbau gibt es in allen Schichten und Parteien. Nur die Jugend allerdings äußert offensichtlich ihr Missfallen auch lautstark. So hatten sich gleichzeitig zur Gründungsfeier der Stiftung für den Wiederaufbau der Garnisonkirche am 23. Juni, für die die Stadt das Grundstück eingebracht hat, etwa 150 vorwiegend Jugendliche am 200 Meter entfernten Glockenspiel versammelt, das nachgebaut als Spende eines Fallschirmjägerbataillons der Bundeswehr, der Stadt 1991 übergeben worden war und das in der wieder aufgebauten Garnisonkirche seinen Platz finden soll. Der halbständlichen Glockenmelodie von „Üb' immer Treu und Redlichkeit“ setzten die Jugendlichen lautstark die Titelmelodie „Heißer Sommer“ entgegen. Die von madstop, einer linken Gruppierung Jugendlicher, organisierte Gegenveranstaltung ließ denn auch die Jugendlichen verschiedener antifaschistischer Gruppen zu Wort kommen, die sich vor allem in der Losung einig waren „Nie wieder Preußen – nie wieder Faschismus“. Hier, in der Garnisonkirche, war es zu dem historischen Handschlag gekommen, mit dem am „Tag von Potsdam“, dem 21. März 1933, Reichspräsident Hindenburg Reichskanzler Hitler die Macht übergab. Der Ort war trefflich gewählt worden, denn die ehemalige Residenzstadt der preußischen Könige sollte Sinnbild eines glorifizierten Deutschlands früherer Tage sein, an welches das NS-Regime nun anknüpfen wollte.

Vor allem gegen die Renaissance des Preußentums wandten sich die Demonstranten, die mit dem Wiederaufbau des Stadtschlusses und der Neuaufgabe des

Potsdamer Toleranzediktes noch weitere Beispiele unkritischer „Traditionspflege“ bietet.

„Von Preußen krieg ich Pickel“, eine weitere jugendgemäße Losung auf den Transparenten, die die Demonstranten durch die Straßen trugen, während sie aus einem Lautsprecherwagen die Potsdamer und Touristen über den Grund ihres Zuges informierten. Halt machten sie auf ihrem Weg auch am Haus der brandenburgisch-preußischen Geschichte, wo sie an die kürzlich erfolgreiche Blockade einer Vorlesungsreihe erinnerten, die die Uni Potsdam gemeinsam mit diesem Hause mit der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, halten sollte. Vorbei ging es auch am Jugendclub „Spartacus“, der aus finanziellen Gründen von der

Stadt geschlossen worden ist. Beispiele genug, sich der Entwicklung entgegenzustellen, meint einer der Organisatoren. „Wir haben keinen Bock auf Preußen, wir sind für eine selbstbestimmte, freie Gesellschaft ohne Geschichtsrevisionismus, Disziplinierung und das Abfeiern autoritärer Gesellschaftsstrukturen. Preußen war, ist und bleibt Scheiße.“

Ganz und gar friedlich ging auch die direkte Konfrontation vor dem Platz aus, auf dem die Stiftungsgäste – hinter Sichtschutz und unter Sonnenschirmen – gerade zum fröhlichen Teil ihrer Gründungsfeier gekommen waren. Eine Einladung, dort auch zu reden, nahmen die Demonstranten allerdings nicht wahr und stellten sich hundert Meter weiter zur Abschlusskundgebung auf. rd

Es waren fast nur Jugendliche, die ihre gegensätzliche Meinung zum Wiederaufbau der Garnisonkirche formulierten. Dass sie es auf ihre Art tun, ihnen glücklicherweise politische correctness fremd ist und sie damit manches Kopfschütteln provozieren, ist gut.

rd



Ein Spagat, der nicht gelingen kann

Die Debatte um die nächste Bundespräsidentschaft und die taktische Unfähigkeit der SPD

Wie wird man Bundespräsident, wenn der bisherige Amtsinhaber seinen Hut zum zweiten Mal in den Ring geworfen hat und sich seiner Anhängerschaft aus dem konservativ-liberalen Lager einigermaßen sicher sein kann? Die Antwort auf diese Frage ist eigentlich nicht so kompliziert, als dass sie nicht auch von Gesine Schwan und dem SPD-Vorsitzenden Kurt Beck richtig hätte beantwortet werden können – sollte man meinen. Richtig, man braucht einen respektablen Kandidaten bzw. eine respektable Kandidatin. Nun ist Gesine Schwan mit Sicherheit in diese Kategorie einzuordnen – Universitäts-Präsidentin, Professorin für Politikwissenschaft, mehrsprachig. Alles gut, dachte sich wohl auch Kurt Beck. Eine Sache hat der SPD-Vorsitzende jedoch vergessen: Wenn er seine Kandidatin gegen den amtierenden Bundespräsidenten antreten lässt, dann sollte sie auch eine in-

haltliche Alternative zum neoliberalen Köhler verkörpern. Ihr Antritt wäre sonst sinnlos. Wenn sich Schwan eine ernsthafte Chance auf das Amt des Bundespräsidenten ausrechnet, dann muss sie nicht nur die Wahlfrauen und -männer der SPD, sondern auch die der Grünen und der LINKEN von sich überzeugen. Der Umstand, dass sie ihre Argumente im Gegensatz zu Köhler mit Aristoteles und Hannah Arendt begründet, ist nicht ausreichend, wenn mit ihr keine anders lautende politische Perspektive verbunden ist und sie das neoliberale Projekt nur besser erklärt. Nachdem sie anfangs zu verstehen gab, auch um die Stimmen der LINKEN werben zu wollen, beschimpfte sie in einem Interview Oskar Lafontaine als Demagogen und sprach der Partei DIE LINKE ab, über Rezepte für die Gegenwart zu verfügen. Werbung funktioniert anders, weshalb Oskar Lafontaine und

Dietmar Bartsch auf Abstand zu Gesine Schwan gingen und ihr verdeutlichten, dass sie auf die Stimmen der LINKEN nicht zählen könne. Hat sich Gesine Schwan nur verplappert, oder sind ihre Äußerungen im Hinblick auf einen möglichen Stimmenfang im liberal-konservativen Lager zu werten?

Denkbar ist alles. Auf jeden Fall zeigt die Debatte die taktische Unfähigkeit der SPD, sich aus der Umklammerung der Union zu lösen.

Unter diesen Umständen wird Schwans Kandidatur zum unkalkulierbaren Risiko für die SPD und ihren Vorsitzenden. Verliert sie die Wahl, und danach sieht es derzeit aus, wird Kurt Beck ein weiteres Mal düpiert, was seinen Niedergang und den der SPD beschleunigen dürfte. Schlechter kann man eine Kandidatur für das höchste Staatsamt kaum vorbereiten. te

KONTAKTE KOHTAKTbI

Der Verein „KONTAKTE-KOHTAKTbI“ ist erreichbar in der Feurigstraße 68 D-10827 Berlin
 Telefon: 030/78705288
 Im Internet unter www.kontakte-kontakty.de sind auch die Kontonummern der Spendenkonten für die verschiedenen Projekte angeführt.

Die PaS-Redaktion hat Post von Elli Bach und Günter Hinz erhalten. Die beiden Genossen möchten über eine Initiative informieren. Sie sind mit dem „Verein für Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion“ KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V. in Verbindung gekommen und möchten deren Anliegen unterstützen. Der Verein versteht sich als Vermittler zwischen Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, die als Opfer des NS-Regimes, vor allem als Kriegsgefangene, heute vergessen sind und kaum Unterstützung erfahren. Geschichtsaufklärung und humanitäre Zuwendung sieht der Verein, der 1991 als gemeinnützig anerkannt worden ist, als seine ursprüngliche Aufgabe. Dabei stehen sowohl Veröffentlichungen und historische Foren zur Aufklärung über Charakter und Ursachen des 2. Weltkrieges als auch die Unterstützung von NS-Opfern in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion auf der Agenda. Zusätzlich stellt er sich einer weiteren Aufgabe, der Unterstützung krebskranker Kinder, die an den Folgen des Kernkraftunglücks in Tschernobyl leiden.

In der Präambel der Vereinssatzung heißt es: „Russland und seine Nachbarn, Menschen verschiedener Kulturen und Nationen nach konfliktreichem Umbruch, mit gemeinsamer Geschichte, sind auf der Suche nach neuen Identitäten, nach Ost-West-Dialog und auch Hilfe. Die Geschichte unserer Beziehungen ist reich an wechselseitigen Prägungen und an nachwirkenden Verletzungen. Hohe Erwartungen richten sich auf unseren heutigen Beistand. KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V. fördert im Sinne des Humanismus interkulturelle Toleranz, Aufklärung über Geschichte und Zuwendungen für die Opfer der NS-Zeit im Osten. Vor allem im Schüleraustausch werden Völkerverständigung, Toleranz und Erziehung zur Demokratiefähigkeit gefördert. Humanitäre Hilfe und wissenschaftliche Vermittlung werden geleistet, wo das Gesundheitswesen in den Partnerländern diese benötigt.“ Als Zweck wird formuliert: „Der Verein, der ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des 3. Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung verfolgt, hat einmal

zum Ziel, den Völkerverständigungsgedanken mit Schwerpunkt auf die Länder der ehemaligen Sowjetunion zu fördern und zum anderen in diesen Ländern lebende krebskranke Kinder und notleidende NS-Opfer selbstlos zu unterstützen.“

Elli Bach und Günter Hinz haben sich bereits mehrfach an dem Anliegen mit Spenden beteiligt und erhielten jeweils Antwort vom Verein, wofür das Geld eingesetzt worden ist. So werden immer wieder ehemalige sowjetische Kriegsgefangene und andere NS-Opfer in den neuen Republiken ermittelt, die kleine finanzielle Zuwendungen erhalten. Die letzten 60000 gingen an 200 „vergessene“ NS-Opfer in den Regionen Wolgograd, Rostow und Orenburg. Eberhard Radczuweit, der Projektleiter des Vereins, schreibt in seinem Dankesbrief u.a.: „In den letzten Wochen hatten Studenten meines Freundes Prof. Aschot Hayruni 15 bislang unbekannte ehemalige Kriegsgefangene gefunden, die nun die Mitgliedschaft im „Verein der rehabilitierten Gefangenen des II. Weltkrieges“ beantragen. Nach Prüfung ihrer Unterlagen werden auch sie jeweils 300 erhalten.“

KONTAKTE-KOHTAKTbI

Paten für Baggersee

Mit Interesse las ich in Ihrer aktuellen Ausgabe die Passage zum Baggersee am Stern. Ich wandte mich bereits vor über zwei Jahren an Herrn Jakobs, leider ohne Erfolg. Dafür hat dann Herr Jakobs wenig später einen sogenannten Masterplan Stern – Drewitz – Kirchsteigfeld vorgestellt, der nicht das Papier wert ist, auf dem er geschrieben stand.

Dabei kann es eigentlich ganz einfach sein. Die Güterfelder haben es ja auch geschafft, ihre Badestelle in einem ordentlichen Zustand zu halten. Vielleicht könnte man so an das Thema herangehen:

- Ein Verein übernimmt die Patenschaft über den See und pflegt diesen.
- Interessierte Kleinunternehmer bekommen die Möglichkeit, dort während der Sommermonate ihre Produkte anzubieten. Wenn diese Kleinunternehmer dann noch Mitglied in dem Verein wer-

den, kann man das Ganze auch wirtschaftlich betreiben. Das Spektrum kann sehr breit sein und wenn daraus sogar ein kleiner Markt entsteht, ist das ja sogar für das Wohngebiet gut und würde sogar Steuereinnahmen für die Stadt bringen.

Diese braucht Potsdam „dank“ versenkter Gelder in Spaßbad u.a. Abenteuer, für die Herr Jakobs die Verantwortung trägt, leider sehr dringend.

Günter Flügel, Potsdam

Rote Rose

Natürlich haben alle Zeitungen über die Einweihung der Stele am Kartoffel-Pub berichtet; Ihrem kleinen Blatt blieb es m.W. als einzigem vorbehalten, auch auf das Buch, das heute gerne als Quelle genommen, aber das nicht zitiert wird, hinzuweisen.

Ich danke Ihnen sehr und überreiche Ihnen symbolisch eine rote Rose!
 Mit freundlichen Grüßen

Dr. Klaus-P. Anders
 Märkischer Verlag Wilhelmshorst
 An der Aue 6, 14552 Wilhelmshorst
<http://www.maerkischerverlag.de/>
<http://www.poesiealbum.info/>



Toleranzedikt – ein Widerspruch in sich?

Auf Einladung der Rosa Luxemburg Stiftung Brandenburg diskutierten der Autor eines neuen Potsdamer Toleranzediktes Prof. Heinz Kleger von der Potsdamer Universität und der freie Journalist und Autor Matthias Krauß. Kontrovers ging es zu, denn der Moderator Dr. Lothar Schröter ging gleich auf den Kern der bei den Linken geführten Debatte ein. In welchem Zusammenhang stehen Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit zur Toleranz, welchen Einfluss hat die soziale Frage auf die Möglichkeit des Einzelnen, tolerant gegenüber anderen zu sein? Die rege Diskussion aus dem Publikum zeigt,

dass die berühmte Losung der Französischen Revolution von 1789 „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ nichts von ihrer aktuellen Gültigkeit eingebüßt hat.

Auch die Klassifizierung der DDR als „Unrechtsstaat“ wurde widerstreitend diskutiert, der für Krauß durch seine Art der Verwendung zu einem Kampfbegriff geworden sei. Vergleiche zu anderen Staaten stellten dies unter Beweis.

Prof. Kleger machte aus eigener Erfahrung klar, dass von Seiten der Politik noch nicht ausreichend wirksam gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit, die um keinen Preis toleriert wer-

de dürfe, vorgegangen wurde. Er wies zugleich darauf hin, dass die Diskussion zur Toleranz nicht die Lösung der Probleme selbst sei, jedoch ein Weg, um zu gemeinsamen Lösungen zu gelangen.

Aktuelle Ereignisse, wie die solidarische Haltung zu den Studentenprotesten bei dem geplanten Auftritt von Frau Steinbach an der Uni Potsdam, wurden thematisiert.

Ob der Toleranzgedanke für ein Miteinander im Gemeinwesen unserer Stadt weiter an Raum gewinnt, wird sicher davon abhängen, wie es gelingt, eine Stadt für alle zu gestalten.

Linkes Foto:

Im Präsidium M. Krauß, Dr. L. Schröter und Prof. Kleger (v.l.n.r.).

Foto rechts:

Wie immer gut vorbereitet – Walter Ruge. Fotos: Korn



Von Solidarität zur Gerechtigkeit

Professor Kleger im Haus der LINKEN/Ein Gespräch mit und über Toleranz

Während die Kampagne zum neuen Toleranzedikt in Potsdam auf Hochtouren läuft, hat sich die DIE LINKE zu diesem Thema mit öffentlichen Verlautbarungen bisher zurückgehalten. Das hat seine Gründe. In der Veranstaltung mit Heinz Kleger, der die Diskussionsgrundlage zur Toleranzdebatte gelegt hatte, wurde kontrovers und fair diskutiert. Initiiert hatte die Veranstaltung Tino Erstling, Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE.Potsdam und promovierter Politikwissenschaftler. Sein Doktorvater – das erklärt den kurzen Draht – Prof. Heinz Kleger, Universität Potsdam. Spätestens seit dem pointierten Beitrag von Matthias Krauß in der PaS-Ausgabe vom Mai 2008 war für Kleger klar, dass es von der LINKEN einige kritische Anmerkungen geben würde. In seinem Eingangsstatement betonte er dann auch die soziale Komponente – insbesondere Kinderarmut – die in der Debatte stärker berücksichtigt werden müsse. Rückblicke auf seine eigene 68er-Vergangenheit ließen einen anderen Heinz Kleger erscheinen, als man hinter dem bisherigen Text zum Toleranzedikt vermutet hätte. Andererseits ist es auch ein nicht untypischer gedanklicher Weg, den einige

der 68er-Generation zurückgelegt haben.

Doch zurück zum Ausgangspunkt. Das Toleranzedikt von 1685 gilt als Aufhänger für die neue Debatte. Nur den Begriff der Toleranz kannte es nicht. Vielmehr gilt es hinsichtlich seiner konkreten Bestimmungen zur Ansiedlung der in Frankreich verfolgten Evangelisch-Reformierten in Preußen als vorbildlich. Von den dort verkündeten Maßnahmen zu Gunsten der Flüchtlinge können heutige Generationen von Einwanderern und Flüchtlingen nur träumen. Als Stichworte seien freie Ortswahl, Schuldenerlass, Steuerbefreiung, Landgabe und eigene Gerichtsbarkeit genannt. Von solcherlei Wohltaten ist bei der heutigen Toleranzdebatte allerdings nicht die Rede. Diese bleibt – zumindest bisher – in einem Stadium der Gnade stehen.

Genau genommen ist das Edikt von 1685 gleichermaßen ein Edikt der Intoleranz. Es gilt ausdrücklich nur für die Anhänger der eigenen Staatsreligion – hingegen für „die aber so der Römisch-Catholischen Religion zugethan, haben sich deren in keinerley weise anzumassen“.

Insofern und überhaupt lässt Klegers Ansatz der Bürgerreligion nicht darüber

hinwegsehen, dass gerade der Religionsbegriff nicht geeignet ist, dem positiven Anliegen zu dienen. Gerade die Religionen untereinander sind nun alles andere als ein Vorbild. Erstes Gebot: Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.

Im Ansatz vielversprechender hingegen der Bezug zur Solidarität. Damit kommt der jetzige Ansatz eines neuen Toleranzediktes am ehesten in die Nähe der Position der LINKEN. Von Solidarität zu Gerechtigkeit ist es nur ein vergleichsweise kleiner Schritt. Überlegenswert in diesem Zusammenhang die Position Klegers, dass sich Toleranz eben nicht an die soziale Frage binden lässt. Sein Argument, gerade unter Wohlhabenden hätte er enorme Intoleranz erlebt, zwingt zum Nachdenken und ist nicht von der Hand zu weisen.

Wenn eines deutlich wurde, dann dass Heinz Kleger und DIE LINKE an ihren Positionen arbeiten werden. Inzwischen ist von Kleger „Warum Potsdam ein neues Toleranzedikt braucht“ erschienen – mit deutlich weiterentwickelten Ansätzen. Es gilt, den öffentlichen Diskurs zu nutzen, da steht DIE LINKE noch in der Pflicht.

Pete Heuer

„Schmetterling und Taucherglocke“

Was fühlt man wohl, wenn man nach einem Zusammenbruch aufwacht und spürt, dass man sich nicht mehr bewegen und äußern kann? Ein wacher Geist unter einer lähmenden, engen Glocke? Seine eigene Geschichte erzählt Jean-Dominique Bauby, der als erfolgreicher Chefredakteur der französischen Modezeitschrift „Elle“ das Leben auskostete und sich nach einem Schwindelanfall im Krankbett wiederfand. Wochen und Monate trainiert er zäh, um seine Finger Millimeter weit zu bewegen, findet einen Weg, sich geduldigen Freunden und Pflegern buchstabenweise durch das Schließen eines Augenlids an der entsprechenden Stelle eines aufgesagten Alphabets verständlich zu machen. So ist



auch das Buch entstanden, jedes Wort sorgsam gewählt. Brillant analysiert der scheinbar Hilflose die Reaktion seiner Nächsten und ihre Gefühlsnöte; er weiß, dass viele den weiten Weg bis zum Krankenhaus führen und schließlich vor der

Tür kehrt machen. Seine nachdenklich, aber auch witzig erzählten Episoden deuten Leben um, lassen bei aller Tragik Schönes noch einmal besonders aufleuchten. Selbst als Bauby die Hoffnung aufgegeben hat, bleibt eine Leichtigkeit des Empfindens spürbar. Der Verfasser verstirbt wenige Wochen nach Erscheinen des Buches. Doch er hat ein ergreifendes Buch hinterlassen, das die ängstliche Distanz zu ähnlichen Schicksalen mildert und die Leser ermutigt, direkter mit dem Leben und den Betroffenen umzugehen.

ed

„Schmetterling und Taucherglocke“ von Jean-Dominique Bauby, dtv 7,90 €, ISBN 978-3-423-08393-5

Havelradeln zum Havelbadetag

Auch zum diesjährigen Havelbadetag gibt es wieder das Havelradeln. Von zwei Punkten aus wird nach Schmergow gefahren: von Potsdam und von Brandenburg.

Von Potsdam aus:

Treff am 13. Juli in Potsdam 9:45 Uhr am Deserteurs-Denkmal, Platz der Einheit, und am Bahnhof Werder 11:00 Uhr, dann ab nach Schmergow. Insgesamt etwa 30 km.

Von Brandenburg aus:

Für Berliner ist der Treffpunkt um 09 Uhr in Berlin, Hbf Servicepoint Washingtonplatz. Mit dem RE 1 geht es nach Brandenburg Hbf. Brandenburg Hbf: Treffpunkt um 10:30 Uhr. Nach einer Stadtführung durch die Domstadt geht es auf dem neu eröffneten Havelradweg nach Schmergow zum diesjährigen Havelbadetag mit buntem Programm. Anschließend wird die Radtour auf dem Havelradweg in Richtung Werder fortgesetzt. Vom Bahnhof Werder aus bestehen halbstündlich Rückfahrmöglichkeiten mit dem RE 1 nach Berlin und Brandenburg.

Insgesamt ist die Tour 40 km lang, meist auf einem gut ausgebauten Radweg.

Zimmerausstattung: Statt Meerblick nur Hinterhofatmosphäre

Nicht immer wird aus der Urlaubsreise das ersehnte schöne Erlebnis. Bietet das Fenster des Hotelzimmers anstatt des gebuchten Ausblicks aufs Meer nur ödes Hinterland, fehlt die gewünschte Dusche oder ist die Klimaanlage defekt, können Urlauber laut Verbraucherzentrale einen Teil des bereits gezahlten Reisepreises zurückfordern.

Welche Leistungen vereinbart wurden, ergibt sich aus dem Reisevertrag oder den Beschreibungen des zum Zeitpunkt der Buchung oder für den Reisezeitraum gültigen Katalogs. Doch nicht alles, was im Reiseprospekt steht, wird auch als Reisebestandteil vereinbart. Vieles dient nur der Werbung, beispielsweise ein Foto eines Zimmers mit Meerblick zur Anpreisung der Lage des Hotels. Grundsätzlich gilt, dass der Reiseveranstalter in seinem Prospekt klar und deutlich auf alle Gegebenheiten vor Ort hinweisen muss.

Liegt eine Abweichung zwischen der gebuchten und dann zugewiesenen Zimmerkategorie vor, muss der Mangel unverzüglich dem Veranstalter angezeigt werden. Dafür sollte man als Beweis Fotos sammeln und Zeugen suchen. Die Anzeige sollte ebenfalls in Anwesenheit von Zeugen erfolgen, oder man lässt sich die Kenntnisnahme der Mängelanzeige



schriftlich bestätigen. Hierfür reicht aus, dass der Reiseleiter ein „zur Kenntnis genommen“ auf die schriftliche Mängelanzeige setzt.

Ist kein Reiseleiter anwesend und auch am Urlaubsort nicht zu erreichen, sollte der Reiseveranstalter in Deutschland, am besten telefonisch und in Anwesenheit von Zeugen, informiert werden.

Nicht zuständig für Mängelanzeigen sind die Leistungsträger vor Ort, also beispielsweise Hoteliers, es sei denn, dies ist ausdrücklich in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen so festgelegt.

Der Reiseveranstalter kann den Mangel beseitigen oder ein Ersatzangebot machen. Dieses Angebot muss man nur

annehmen, wenn es der gebuchten Reiseleistung entspricht oder besser ist. Das ist beispielsweise nicht der Fall, wenn sich eine Ersatzunterkunft in einem anderen Ort befindet. Nimmt man das Angebot an oder wird der Mangel beseitigt, kann keine Minderung des Reisepreises mehr verlangt werden.

Sorgt der Veranstalter nach der Mängelanzeige nicht für Abhilfe, muss man innerhalb eines Monats nach Rückkehr aus dem Urlaub die Rückzahlung eines Teils des bereits gezahlten Reisepreises vom Veranstalter verlangen, schriftlich und nachweisbar, am besten per Einschreiben mit Rückschein.

Stattdessen kann man auch selbst ein vergleichbares Ersatzquartier suchen, wenn der Veranstalter eine gesetzte Frist zur Mängelbeseitigung verstreichen lässt – das muss man aber wie die Fristsetzung beweisen können!

Wieviel man gegebenenfalls vom Reiseveranstalter zurückverlangen kann, erfährt man bei der Verbraucherzentrale.

• tips & termine • tips & termine • tips • tips & termine • tips & termine •

Sonntag, 06.07.2008, 10.00 Uhr:
Frühschoppen „Rathausreport live“ im Begegnungshaus Groß Glienicke Dorfstraße 2

Dienstag, 08.07.2008, 14.30 Uhr:
„Gletscher, Fjorde und Trolle – mit Kamera und Kochbuch unterwegs in Norwegen“. Eine interessante Reise mit Dr. Rolf Rönz. Dahlweid*

Freitag, 11.07.2008:
Info-Stände der Fraktion DIE LINKE
14.00 Uhr REWE-Markt, Zentrum Ost;
14.30 Uhr Kepler-Platz, Am Stern;

15.00 Uhr Rathaus Babelsberg;
15.00 Uhr Waldstadt-Center, Waldstadt II;
16.00 Uhr Havel-Nuthe-Center, Drewitz.

Samstag, 12.07.2008:
Info-Stände der Fraktion DIE LINKE –
10.00 Uhr Marktplatz Kirchsteigfeld;
10.00 Uhr Stadtplatz am Schlaatz.

Dienstag, 15.07.2008:
Info-Stände der Fraktion DIE LINKE
15.00 Uhr Markt-Center, Breite Straße;
16.00 Uhr REWE-Markt, Haekkelstr., Potsdam West.

Dienstag, 15.07.2008, 14.30 Uhr:
Musikalischer Rätselnachmittag mit Manfred Bischoff und seinem Akkordeon. Dahlweid*

Montag, 21.07.2008, 14.30 Uhr:
„Namib – ein Meer aus Sand“. Ein Video-Spaziergang mit Karl Kreuzt. Dahlweid*

Dienstag, 22.07.2008, 14.30 Uhr:
„Woran krankt unser Gesundheitswesen?“ Im Gespräch mit Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter DIE LINKE aus Zentrum-Ost. Dahlweid*

Mittwoch, 23.07.2008, 14.30 Uhr
„18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke.

Montag, 28.07.2008, 14.30 Uhr:
„Der Wald – Ökosystem und Lebensraum für viele“. Gesprächsrunde mit dem Rechtsanwalt und Notar, Herrn Karlheinz Sendke. Dahlweid*

* Dahlweid-Stiftung, Seniorenfreizeitstätte, Edisonallee 11, 14473 Potsdam